



Nein zur «Züri City-Card»

von Yasmine Bourgeois, Gemeinderätin FDP 7/8, Vizepräsidentin der Spezialkommission PRD/SSD

Worum geht es?

Dieser Vorlage zur Züri City Card liegt eine gemeinderätliche Motion GR Nr. 2018/278 zugrunde, welche eine Identitätskarte für alle Stadtbewohnerinnen und Bewohner fordert. Dieser Ausweis soll gegenüber Behörden (insbesondere der Polizei) und Privaten als Identitätsnachweis dienen. Der Aufenthaltsstatus spielt keine Rolle, er soll nicht auf dem Ausweis vermerkt werden und die städtischen Behörden sollen auf die Prüfung des Aufenthaltsstatus verzichten.

Mit diesem millionenschweren Projekt soll im Kern erreicht werden, dass Personen, die gegen unser Ausländerrecht verstossen und ohne Aufenthaltsbewilligung, hier schwarz arbeiten und wohnen, nur noch erschwert identifiziert werden können und so die Polizei das Ausländerrecht nicht mehr durchsetzen kann. Der Bund besorgter Bürgerinnen und Bürger hat im letzten Herbst erfolgreich das Referendum gegen diese unsinnige Vorlage ergriffen, sodass die Bevölkerung nun im kommenden Mai darüber abstimmen kann.

Die Hauptprobleme

1. Die Züri City Card ist undemokratisch.

Sie ist der Versuch, das demokratisch abgesegnete Ausländerrecht auf kommunaler Ebene zu unterlaufen. Diese Absicht ergibt sich aus der zugrundeliegenden Motion, aber auch aus der Weisung des Stadtrats. Damit setzt die Vorlage die Stadtzürcher Tradition fort, sich nur dort um übergeordnetes Recht zu kümmern, wo es ihr gerade passt.

2. Die City Card widerspricht übergeordnetem Recht.

Die Stadt Zürich hat schlicht nicht die Kompetenz, abgewiesenen Asylbewerbern und illegal eingereisten Migranten einen legalen Aufenthalt zu verschaffen. Das haben der Bundesrat und der Regierungsrat glasklar bestätigt. Auch nicht durch Wegschauen.

3. Die City Card löst kein Problem, schafft aber neue Probleme.

Der Stadtrat schreibt in seiner Weisung selber: «Der Nutzen für Sans-Papiers bleibt sehr eingeschränkt und kann die mit ihr verbundenen Erwartungen nicht oder nur teilweise erfüllen.» Die Sans Papiers sind dabei die Verlierer. Ihnen wird mit einer Pseudo-ID ein Schutz vor Ausschaffung vorgegaukelt, den es nicht gibt. Statt sie dazu zu ermuntern, Härtefallgesuche zu stellen, sofern sie ein Anrecht darauf haben. Ein weiterer Verlierer ist die legal ansässige Bevölkerung, denn es ist keineswegs solidarisch, wenn illegal Anwesende Leistungen beziehen, die sie nicht bezahlen. Die einzigen Gewinner wären Schwarzarbeitgeber und Schwarzvermieter.

Der Zugang von Sans-Papiers zu wesentlichen staatlichen Leistungen ist heute schon gewährleistet. Dies gilt insbesondere in den Bereichen Bildung und Gesundheitswesen. Das ist gut so, und daran kann man auch feilen. Auch wenn es im Grundsatz natürlich störend ist, dass sich diese meist arbeitstätigen Personen nicht an der Finanzierung dieser Leistungen beteiligen.

4. Die Züri City Card untergräbt das Vertrauen in den Staat.

Wer sich an die Regeln hält, wird für dumm verkauft. Diejenigen, welche Gesetze umgehen, werden von der Stadt Zürich in Verletzung von übergeordnetem Recht mit einem Ausweis und Vergünstigungen belohnt. Zahlen tun's – wie immer – die ehrlichen Steuerzahler. Dadurch wird das Vertrauen in den Rechtsstaat und ins Staatshandeln untergraben.

Fazit

Die Vorlage ist ein sozial verpackter Politklamauk mit rechtsmissbräuchlichem Inhalt, finanziert von den Steuerzahlern. Und den Sans-Papiers ist durch den Verkauf einer Utopie nicht gedient.